

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 67 (1988)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Vor siebzig Jahren : Rosa Luxemburg warnte vergeblich : kein Parlamentarismus für Russland  
**Autor:** Scheuer, Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-340600>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Kein Parlamentarismus für Russland

Von Georg Scheuer

Ende November 1917, wenige Wochen nach der bolschewistischen Machtergreifung, begannen in ganz Russland die ersten freien Parlamentswahlen. Die Bolschewistische Partei hatte seit vielen Jahren und insbesondere seit der Märzrevolution 1917 die erstmalige Wahl und Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung gefordert. Der Urnengang war langwierig und endete im Dezember 1917 mit einer Wahlniederlage der Bolschewistischen Partei.

Nach sowjetamtlichen Angaben<sup>1</sup> wurde die folgende Stimmenverteilung gezählt:

Sozialrevolutionäre (SR)	20 900 000
Bolschewiken	9 023 963
Konstitutionelle Demokraten (KD)	4 600 000
Menschewiken	1 700 000
	<hr/>
	36 223 963

Die Sozialrevolutionäre hatten somit die absolute Mehrheit (58 Prozent), mit den menschewistischen Sozialdemokraten 62 Prozent, während die bereits an der Macht befindlichen Bolschewiken nur 25 Prozent erhielten. Die Abgeordnetenzahl war dementsprechend: 267 Sozialrevolutionäre, 175 Bolschewiken; die übrigen Mandate verteilten sich auf KD, Menschewiken und nationale Minderheiten. Auch in der Armee wurden die Bolschewiken von den SR überflügelt.

Lenin hatte schon vor dem Urnengang ein für ihn ungünstiges Ergebnis befürchtet und daher erwogen, die Wahlen überhaupt abblasen zu lassen. Nach längerer Debatte im Zentralkomitee kam man aber zur

Erkenntnis, dass die seit einem Menschenalter gerade von den Bolschewiken immer wieder vorgetragene Forderung nach Einberufung einer konstituierenden Versammlung nicht über Nacht begraben werden konnte. Ursprünglich war beabsichtigt, die Konstituierende Nationalversammlung als parlamentarisch-demokratische Ergänzung oder Fassade der «Diktatur des Proletariats» anzuerkennen. Nach dem Wahlergebnis änderte Lenin seine Haltung in dieser Frage.

Die Nationalversammlung trat am 18. Januar 1918 in Petrograd zusammen. Sie wurde von fast allen Abgeordneten mit dem Absingen der «Internationale» eröffnet. Zum ersten Parlamentsvorsitzenden wurde der Sozialrevolutionär Victor Tschernow gewählt. In seiner Eröffnungsrede erklärte er sich «für die Friedensvorschläge der Zimmerwalder Konferenz, gegen den bolschewistischen Staatsstreich, gegen die Absicht eines Separatfriedens mit den Hohenzollern, für eine Verständigung zwischen Parlament und Sowjets, für die nationale Unabhängigkeit der Ukraine». Tschernow wurde von den Bolschewiken und von den mit ihnen in einer vorläufigen Koalitionsregierung verbündeten Linken Sozialrevolutionären mehrmals durch Zwischenrufe unterbrochen. Dann sprach Bucharin für die Bolschewiken und Zereteli für die Menschewiken.

Nach diesem Auftakt verliess die bolschewistische Parlamentsfraktion die Sitzung endgültig. Rund um das Gebäude wurden Polizeimassnahmen

getroffen. Eine sogenannte «Parlamentswache» störte von der Galerie und im Saal durch systematisches Lärmen die weiteren Debatten. Nach mehrstündiger Sitzung, als gerade zwei Gesetze über Verstaatlichung von Grund und Boden und die Bedingungen für die Herstellung des Friedens beschlossen werden sollten, wurde das Parlament mit Gewalt auseinandergetrieben. Auf diese Weise wurde am 19. Januar das Experiment einer parlamentarischen Demokratie in Russland durch Auflösung der soeben gewählten Nationalversammlung beendet. Der Parteienpluralismus, der die Russische Revolution seit März 1917 mitgetragen hatte, wurde durch ein Dekret des Zentralexekutivkomitees beseitigt: «Jeder Verzicht auf die uneingeschränkte Macht der Sowjets, auf die vom Volke eroberte Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus und der Konstituierenden Versammlung wäre jetzt ein Schritt rückwärts, würde den Zusammenbruch der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern bedeuten... Deshalb beschliesst das Zentralvollzugskomitee: Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst.»<sup>2</sup> Lenin resümierte: «Die arbeitenden Massen haben sich durch Erfahrung überzeugt, dass der alte bürgerliche Parlamentarismus überholt ist.»

Trotz dieser Behauptung demonstrierten in den folgenden Tagen Zehntausende Demonstranten in Petrograd gegen die gewaltsame Sprengung der gewählten Nationalversamm-

lung. Die Miliz schoss in die Demonstranten, es gab Tote und Verletzte. Maxim Gorki kommentierte: «Sie schiessen, weil sie Angst haben, wie der Zarismus.»<sup>3</sup> Der gemeinsame Ausschuss der sozialistischen und demokratischen Parteien vermerkte: «Sie zerrissen und verbrannten die roten Fahnen der Revolution und des Sozialismus. Die meisten Opfer befinden sich unter den Arbeitern der Obschow-Fabriken.» Am folgenden Tag wurden erstmalig unter dem neuen Regime alle Zeitungen verboten. Auch kleine Menschenansammlungen wurden «zerstreut». Menschewistische Redaktionen wurden besetzt und verwüstet, ihre Zeitungen auf offener Strasse verbrannt. Axelrod, Mitglied des Büros der Sozialistischen Internationale, berichtete: «Wir müssen wieder in der Illegalität untertauchen.»<sup>4</sup> Wahrscheinlich hätte die bolschewistische Führung das soeben gewählte Parlament bis auf weiteres geduldet, wenn die Mehrheit der Wähler für sie gestimmt hätte. Trotzki erläuterte 1920 Ursachen und Umstände der Parlamentsausschaltung: «Unsere Partei weigerte sich nicht, der Diktatur des Proletariats den Weg durch die Pforte der Demokratie zu öffnen, denn sie war sich der gewissen agitatorisch-politischen Vorzü-

ge eines solchen legalisierten Überganges zum neuen Regime klar bewusst. Hieraus folgte unser Versuch, die Konstituierende Versammlung einzuberufen. Dieser Versuch misslang. Der russische Bauer, der erst von der Revolution zum politischen Leben erweckt war, stand von Angesicht zu Angesicht einem halben Dutzend Parteien gegenüber, von denen sich eine jede gleichsam zum Ziel gemacht hatte, ihn zu verwirren. Die Konstituierende Versammlung stand der revolutionären Bewegung im Wege und wurde hinweggefegt.»<sup>5</sup> Victor Serge, damals gleichfalls Leninist, präzierte: «Die Vorhersicht des Wahlerfolges der Sozialrevolutionäre war den Bolschewiki peinlich. Lenin wollte das Wahlgesetz ändern, den Achtzehnjährigen Stimmrecht geben, die Absetzbarkeit der Kandidaten und der Gewählten dekretieren, den Konstitutionellen Demokraten und den Konterrevolutionären das Wahlrecht verweigern. Die Bolschewiki hatten aber nun einmal selbst die Einberufung der Konstituante gefordert...»<sup>6</sup> Rosa Luxemburg, bis zum Herbst hinter deutschen Kerkermauern, konnte die russischen Ereignisse nur aus der Ferne verfolgen. Sie wurde von Lenins und Trozki's Argumentation nicht überzeugt: «Frei-

heit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden.»<sup>7</sup> Sie warnte: «Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.»<sup>8</sup>

Siebzig Jahre später stellt sich in der Ära Gorbatschows noch immer die grundsätzlich gleiche Frage, ob jener brüske Abschied von der Dynamik demokratischer Revolutionen nicht auch eine der Ursachen der folgenden Irrwege des sogenannten «realen Sozialismus» war.

<sup>1</sup> N. Swjatzki, «Ein Jahr Russische Revolution», Sammelband, Moskau 1918.

<sup>2</sup> «Iswestija» vom 7. (20.) Januar 1918.

<sup>3</sup> «Nowaja Shisn», 22. I. 1918.

<sup>4</sup> «Les Echos de Russie» Nr. 5, 1. Februar 1918, Bulletin P. Axelrods.

<sup>5</sup> Trotzki «Terrorismus und Kommunismus», deutsche Ausgabe, Petrograd 1920, Verlag der Komintern.

<sup>6</sup> Victor Serge, «L'An I de la Révolution Russe» («Das Jahr Eins der Russischen Revolution»), Paris 1930, S. 139.

<sup>7</sup> Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1983, S. 359.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 360.

Zentralbibliothek 1.260-2  
Zähringerplatz

8001 Zürich